

Harald Koch (DIE LINKE): Dann komme ich ja auf einen Punkt, der letztendlich das ganze Projekt so interessant macht für viele: dass es also nicht nur rein militärisch eingesetzt werden kann, sondern auch für zivile Zwecke. Wir haben ja alle schon mehrfach gehört, was dieses System kann, in welcher Reichweite: wie so ein Staubsauger den ganzen Kommunikationsverkehr auf der Erde aufsaugen, dann durch Auswertung bestimmte Schlussfolgerungen - - also Aufklärung. Hier macht natürlich dieses System keinen Unterschied zwischen zivilem Kommunikationsverkehr, privatem - Bürgerinnen und Bürgern -, und militärischem. Jetzt ist meine Frage: Haben Sie schon darüber diskutiert damals - wurde darüber gesprochen? -, dass eventuell auch noch andere Bereiche dieses System nutzen könnten?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das war damals nicht das Thema. Unser Thema war mehr die Sorge: Können wir bessere Aufklärung erreichen für beispielsweise das Thema Geiselnbefreiung, teilweise für den Schutz unserer Soldaten? Wenn ich an eine sehr konkrete Situation in Afghanistan denke: Wenn wir da bessere Aufklärung gehabt hätten, wäre vielleicht auch das eine oder andere anders gelaufen. Also, die Frage der Aufklärungskomponente war unter dem Aspekt ein ganz wichtiger Punkt.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich meine, ich habe unmittelbar erlebt in Afghanistan, wo wir durch entsprechende Hinweise Leben von Soldaten schützen konnten. Ich sage Ihnen auch sehr persönlich: Selbst auf mich ist ja ein Anschlag geplant gewesen. Durch diese Information konnten wir das entsprechend verhindern. Das ist immer - ja, wie soll ich es sagen? - ein Stück auch einer Gratwanderung. Aber damals ging es uns um die Schutzfunktion und darum, den entsprechenden Aufklärungsbedarf, den wir hatten in Afghanistan, zu verbessern.

Harald Koch (DIE LINKE): Wie gestaltete sich in Ihrem Ressort die Zusammenarbeit mit der EADS?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Gut, die war natürlich sehr vielschichtig, wenn Sie so wollen, weil die EADS in anderen Projekten natürlich auch mit beteiligt war. Dort gab es auch immer wieder Gespräche. Da gab es Gespräche mit Tom Enders, da gab es Gespräche mit Herrn Gallois, weil beim Thema

A400M wollte EADS teilweise auch mehr Mittel haben. Das habe ich allerdings damals nicht eingesehen unter dem Aspekt, den ich vorhin vorgetragen habe. Da haben wir auch ziemlich hart verhandelt. Da, muss ich sagen, waren wir auch nicht allein; denn es gab noch andere Nationen, die da mit beteiligt waren. Andere Nationen haben das eine oder andere anders beurteilt; das will ich jetzt im Detail nicht darlegen. Aber das waren immer wieder Gespräche, die dort geführt worden sind, und ich hatte natürlich die Verpflichtung, die Interessen, wenn ich es so sagen darf, unseres Ministeriums entsprechend zu vertreten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Jetzt kommt Bündnis 90/Die Grünen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Jung, noch mal zu Fragen der Gewährleistung. Sie sind im Januar 2006 eingewiesen worden, haben Sie gesagt, und haben dann darauf gedrängt, dass die Gewährleistungsregeln gelten. Verstehe ich das so, dass die Bemühensklausel vorher noch nicht abbedungen war und die dann erst nach Ihrem Amtsantritt abbedungen worden ist?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das hätten Sie missverstanden. Ich habe im Zusammenhang mit den Gesprächen mit Herrn Staatssekretär Eickenboom in Vorbereitung des Vertrages auf diesen Gesichtspunkt - Schadensersatz und Gewährleistung - hingewiesen: dass ich der Meinung sei, das sollte man in entsprechende Verträge mit aufnehmen, weil mir zu Ohren kam, dass das in vorherigen Verträgen nicht der Fall war. Das war dann in den Gesprächen, ich sage mal, nicht schon im Januar 2006, sondern in Vorbereitung des Vertrages - der war ja am 31. Januar 2007 - mit Herrn Staatssekretär Eickenboom, wo ich darüber gesprochen habe.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Meine Frage zielte darauf: Gab es im Januar 2006 schon einen Vertragsentwurf, in dem die Bemühensklausel noch galt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, ich habe Ihnen ja gerade vorgetragen, dass es dort - - Auch entsprechend mir wurde vorge-

tragen. Warten Sie mal. Ich will es nur noch mal rekapitulieren.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Mir wurde damals vorgetragen, dass geplant war, dass schon im zweiten Halbjahr 2005 der entsprechende Vertrag vorgelegt werden sollte und dass es erheblichen Nachbesserungsbedarf gab im Hinblick auf das von der Industrie damals vorgelegte Angebot. Nachher ist der Vertrag ja gemacht worden aufgrund unseres, wenn ich es so sagen darf - also BWB-Musterentwicklungsvertrag -, Vertrages. Also, von daher hat es hier, wenn ich es so sagen darf, einen längeren Prozess gegeben im Zusammenhang auch mit der Vertragsgestaltung.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann will ich vielleicht noch mal bei der weiteren Vertragsgestaltung weiterfragen. Was waren denn das für Nachforderungen? Ging es da unter anderem auch um die Musterzulassung? War das auch eines der Themen, die dort laut Herrn Kaempf nachgefordert werden mussten?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das war damals in der Einweisung nur diese Frage der Kooperation/Information mit den Amerikanern.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten aber jetzt vorhin in Ihrem Vortrag durchaus schon mal die Musterzulassung erwähnt und hatten gesagt: Es wurde ja dem Haushaltsausschuss vorgelegt, und noch vor Vertragsschluss wurde auch klar geregelt oder besprochen - da frage ich jetzt, zwischen wem -, wie die Voraussetzungen einer Musterzulassung sind. Was waren das für Gespräche, und wer hat die geführt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen gesagt: Vor Vertragsschluss hat die Industrie beim Einbau des Full Scale Demonstrators dargelegt, auf welchem Weg eine deutsche Musterzulassung erreicht werden kann. Und ich habe gesagt: Das erfolgte auch in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr und der Deutschen Flugsicherung. - Das war vor Vertragsschluss.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, vor Vertragsschluss. Ist die Musterzulassung damit dann Vertragsschluss gewor-

den? Ist sie aufgenommen worden als Leistung des Vertrages?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nach meinem Kenntnisstand ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Habe ich Sie richtig verstanden, dass die EADS auch nach dem Vertrag zu keinem Zeitpunkt Ihnen gegenüber geäußert hat, dass es Probleme geben könnte mit der Musterzulassung?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, zum Thema Zulassung nein, zum Thema „In der Entwicklungsphase“ ja - habe ich ja gesagt. Aber dann ILA 2008: „Jetzt haben wir die Probleme alle im Griff, jetzt haben wir ein funktionsfähiges Flugzeug“, wenn ich es so salopp sagen darf.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt frage ich mich noch - - Vorhin hörte sich das nach einer Einschränkung an. Also Sie haben jetzt eben gesagt: Die Musterzulassung war Vertragsgegenstand und fällt unter die Gewährleistung. Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement eine Einschränkung drin, hinsichtlich der Musterzulassung sei nur die Managementleistung geschuldet oder Ähnliches. Wie ist das zu verstehen, und gibt es für diese Einschränkung irgendwelche Anhaltspunkte im Vertrag?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich kann gerne mal nachschauen.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Also, ich habe gesagt: Grundlage der Vertragsgestaltung war der Musterentwicklungsvertrag des BWB. - Das habe ich Ihnen ja auch gerade dargelegt; das habe ich auch im Rahmen meiner Einführung gesagt. Und ich habe dann gesagt: Hinsichtlich der Musterzulassung bestand folgende Verpflichtung: EuroHawk GmbH schuldet die Managementleistung für logistische Unterstützung und für den Zulassungsprozess.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das selbst mal in dem Vertrag gefunden? Haben Sie sich selbst mit dem Vertrag an der Stelle mal auseinandergesetzt, was hinsichtlich der Musterzulassung dort enthalten ist?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen ja gerade gesagt, dass ich allgemein über den Vertrag informiert worden bin und dass ich über die Veränderungen informiert worden bin - zunächst Industrievorlage, dann unser Vertrag, wenn ich das so sagen darf, Musterentwicklungsvertrag -, dass ich aber nicht über diese Detailfragen - - auch nicht diskutiert habe, sondern es ging um den grundsätzlichen Rahmen, dass der steht.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Aber Sie gehen davon aus und sind auch damals davon ausgegangen, dass die Musterzulassung Vertragsbestandteil ist und damit unter die Gewährleistung fällt.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist jetzt eine Bewertung. Da bitte ich Sie wieder um Verständnis.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, also so habe ich Sie jetzt eben verstanden, -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Sie nehmen mich - -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass Sie davon ausgegangen sind, dass die Musterzulassung für den Euro Hawk vertraglich vereinbart worden ist.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Dass die Musterzulassung in dem Vertrag ist, ja, richtig.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, vielen Dank. - Dann gebe ich weiter an den Kollegen.

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Jung, mir geht es darum, wenn Sie erwähnen, dass in dem Vertrag Gewährleistungsansprüche enthalten sein sollen, wie denn der Weg und das Verfahren der Vertragsgestaltung im Ministerium waren. Kann ich mir das so vorstellen, dass Sie Weisung gegeben haben oder eine Vorlage gebilligt haben, in der Sie das BWB oder Ihre Rechtsabteilung angewiesen haben, diese Vertragsbestandteile aufzunehmen, und wurde dann vor dem Vertragsschluss oder beim Vertragsschluss kontrolliert oder der Vertrag einer Bewertung unterzogen, ob diese Forderungen auch durch den Vertrag

erfüllt werden, ob diese Eigenschaften durch den Vertrag erfüllt werden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, ich sage noch einmal: Ich habe mit Herrn Staatssekretär Eickenboom darüber gesprochen, habe dort auch meine Meinung vorgebracht, und er hat gesagt, dass er dafür sorgen wolle, dass das auch entsprechend Vertragsbestandteil wird.

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist in irgendeiner Art und Weise überprüft worden, verifiziert worden, dass das auch Vertragsbestandteil ist? Also war sich das Bundesministerium der Verteidigung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses darüber im Klaren, was für ein Vertrag geschlossen wird und welche Regressansprüche durch den Vertrag bestehen würden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Mir wurde dargelegt, dass die Regeln des BGB vereinbart sind, und im BGB steht Gewährleistung und steht Schadensersatz.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist sozusagen, dass es ein Risiko bei der Zulassung gibt, bei Ihnen so nicht angekommen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben vorhin den Herrn Schneiderhan gehört, und der hat ja davon gesprochen, dass er eine abschließende funktionale Forderung geschrieben hat, die 2006 dann noch mal aktualisiert wurde - auch beispielsweise, weil abzusehen war, dass es Mehrkosten geben würde. Und ich habe die Prozedur seinerseits so beschrieben verstanden, dass er diese quasi gemacht hat und entworfen hat, dass aber am Ende durch die Leitung des Hauses auch tatsächlich abgesegnet wurde. Das ist aber dann in Ihrer Zeit gewesen. Habe ich das falsch verstanden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Ich habe nur aus den Unterlagen auch gesehen, dass das unmittelbar beim Generalinspekteur aufgelaufen ist, aber nicht bei mir.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da ich davon ausgehe, dass Sie alle Akten kennen, haben Sie wahrscheinlich gesehen, dass dort Akten mich nicht erreicht haben, sondern ich habe im Gespräch mit Herrn Staatssekretär Eickenboom die Informationen bekommen, auch den Dialog geführt und habe auch in dem einen oder anderen Punkt, wo wir im Kollegium darüber gesprochen haben -- Aber mein Erinnerungspunkt konzentrierte sich im Wesentlichen auf meine Gespräche mit Herrn Staatssekretär Eickenboom.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch nicht alle Akten bekommen, aber jenseits davon wollte ich nur die Frage stellen: Dieses Gespräch -- waren Sie da zu zweit? Oder war das eine Unterrichtung? Also, war das ein formelles oder informelles Gespräch?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war ein formelles Gespräch, das wir aber zu zweit geführt haben im Zusammenhang mit dem Thema „Vertragsgestaltung Euro Hawk“.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil da muss ich doch die Frage stellen, was eigentlich der Unterschied ist zwischen einem formellen Gespräch unter vier Augen und informellen Gespräch unter vier Augen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also wichtig ist, dass die Dinge umgesetzt werden, die besprochen werden, und das ist aus meiner Sicht erfolgt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir uns schon wieder einig. Herzlichen Dank.

Ich würde gerne noch mal nach AGS fragen. Sie haben ja schon davon gesprochen. Sie haben beschrieben, dass es Probleme gab, die absehbar waren, dass andere abgesprungen wären, wenn ich es richtig verstanden habe. Was war das genau?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, es war ja so, dass das im Rahmen der NATO sozusagen das Aufklärungssystem war, das also auf den Weg gebracht werden sollte, und es waren nicht alle NATO-Nationen beteiligt. Und ich weiß, dass wir es für wichtig erachteten, dass wir die Aufklärungskomponente hier entsprechend weiter forcieren.

Deshalb habe ich ja auch mit meinem amerikanischen Kollegen Bob Gates darüber gesprochen. Wenn ich es richtig weiß, habe ich ihm sogar einmal geschrieben, dass wir das für wichtig und notwendig erachten und dass wir das Projekt weiter vorantreiben. Das haben wir dann auch gemeinsam innerhalb der NATO gemacht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben dann sozusagen einen deutschen Beitrag dafür in Aussicht gestellt, richtig? -- Sie haben einen deutschen Beitrag für AGS in Aussicht gestellt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, selbstverständlich. Da waren wir --

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war der technische Beitrag?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: -- auch finanziell beteiligt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist der technische Beitrag gewesen, der hätte kommen sollen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da -- das muss ich sagen -- bin ich jetzt im Detail überfragt. Also, wir haben -- Damals ging es um das Thema dieser Aufklärungskomponente AGS und dass wir das weiter voranbringen, dass das nicht scheitern sollte. Das war ein Anliegen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen jemals genauer beschrieben worden, was eigentlich der Unterschied ist bei AGS Global Hawk und Euro Hawk?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe ja gelernt im Zusammenhang mit diesen Verfahren Global Hawk 20 und Global Hawk 40 usw. Sie kennen alle diese Thematik. Das hat mich aber damals nicht erreicht, sage ich Ihnen ganz ehrlich.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Jung, Sie hatten gerade erwähnt, es gibt eine Rechtsabteilung im Ministerium,

und Sie gehen davon aus, dass die auch die Verträge prüfen. Spricht aus Ihrer Sicht irgendetwas dagegen, dass auch die Rechtsabteilung des Ministeriums gegebenenfalls Gewährleistungsansprüche aus einem Vertrag prüft? Fällt das nicht auch in deren Zuständigkeit?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, ich erkenne ja den Sinn Ihrer Frage, und es ist natürlich auch eine Bewertungsfrage. Ich habe Ihnen meine Einschätzung gesagt. Okay?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Gibt es keine weiteren Fragen mehr? Ich schaue in die Runde. - Dann sind wir am Ende der Zeugenvernehmung.

Herr Dr. Jung, vielen Dank, dass Sie da waren. Ich darf Sie aber trotzdem noch mal darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird.

Zuletzt erinnere ich Sie daran, dass nach § 26 Abs. 3 PUAG der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf Einhaltung der Frist verzichtet wurde.

Ich bedanke mich noch mal für Ihr Kommen und wünsche Ihnen alles Gute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Abschluss der Vernehmungen schließe ich nun die Sitzung. Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses beginnt morgen, den 23. Juli 2013, um 9 Uhr in diesem Saal.

Einen schönen Abend noch!

(Schluss: 16:11 Uhr)